

Freitag, 15. Dezember 2023, Rhein-Zeitung Kreis Ahrweiler, Seite 23

Erhöhung der Gebühren macht City unattraktiv

Haus und Grund lehnt Anhebung der Parkentgelte ab

Koblenz. „Mit der geplanten Erhöhung der Gebühren fürs Anwohnerparken will die Koblenzer Stadtverwaltung ihren Bürgern ein teures Weihnachtsgeschenk servieren“, sagt Christoph Schöll, Vorsitzender des Eigentümerverbandes Haus und Grund in Koblenz. Der Verband lehnt diese „exorbitante Erhöhung“ der Parkgebühren ab und fordert alle Fraktionen im Stadtrat dazu auf, den Plänen der Verwaltung eine Abfuhr zu erteilen.

Scharfe Kritik an den steigenden Kosten fürs Anwohnerparken gab es auch zuletzt von den Freien Wählern, die zudem mit Blick auf unterschiedliche Bepreisung je nach Autogröße fordern: „Ein Preis für alle!“

Das Anwohnerparken in Koblenz soll ab dem 1. März teurer werden. Die Stadtverwaltung plant Erhöhungen je nach Größe des Fahrzeugs von jetzt 30 auf bis zu 300 Euro. „Das würde je nach Fahrzeug und Fall bedeuten, dass wir in Koblenz weit über vergleichbaren rheinland-pfälzischen Städten wie Trier, Kaiserslautern und Ludwigshafen liegen. So wird man das Wohnen in der Innenstadt vor allem für Familien, Normalverdiener und ältere Menschen wieder ein Stück weit unattraktiver machen“, sagt Schöll, der auch für die FDP im Stadtrat sitzt.

Man müsse dabei berücksichtigen, so der Haus-und-Grund-Vorsitzende, dass parallel dazu ja nicht nur das Auto, sondern auch das Wohnen, etwa durch die CO₂-Bepreisung, ab 2024 teurer werden wird.

„Viele Menschen, vor allem Pendler, die in Koblenz wohnen, aber auswärts arbeiten, sind aber auf das Auto angewiesen“, so Schöll. Er ergänzt: „Auf der einen Seite wird der Parkraum in Koblenz zugunsten des Fahrrads immer weiter verringert, auf der anderen Seite sollen die Leute jetzt auch noch das Vielfache bezahlen“, betont Christoph Schöll. „Wenn der Oberbürgermeister dann auch noch darauf hinweist, was die Bürger bei 30 Euro in den vergangenen Jahren alles gespart hätten, so halte ich das angesichts der zunehmenden Belastungen für reinen Sarkasmus.“

Besonders ärgerlich sei, so sieht es Christoph Schöll, dass den Menschen wieder einmal Sand in die Augen gestreut werden solle, was die Verwaltungskosten dieser beabsichtigten Gebührenerhöhung angeht. „Einerseits rechnet die Stadt für die Neuberechnung mit einem

extrem steigenden Verwaltungsaufwand, andererseits versichert der Oberbürgermeister, dass man kein bürokratisches Monster schaffen wolle.“ Das widerspreche sich. „Zu erwarten ist erneut ein Bürokratiemonster, das mit unseren Gebühren und Steuern bezahlt werden muss. In der Summe ist das völlig unnützlich und kann wesentlich einfacher gehandhabt werden.“ red

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.